

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1985 — Dezember

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich 1985 erheblich verlangsamt. Während das Sozialprodukt der 15 bedeutendsten kapitalistischen Länder 1984 noch um fünf Prozent zunahm, wird 1985 die Expansionsrate unter drei Prozent liegen. Dies hängt vor allem mit der Wachstumsabschwächung in den USA und Japan zusammen, während Westeuropa weiterhin nur eine schwache Zunahme des Sozialprodukts registrieren kann. Besorgniserregend ist die Entwicklung in einigen wichtigen Ländern der „Dritten Welt“ wie z.B. in Mexiko, wo nach einer Erholung im Jahre 1984 erneut Anzeichen für eine Krise sichtbar werden. Die Ausfuhren der Entwicklungsländer gingen im ersten Halbjahr 1985 gegenüber 1984 um neun Prozent zurück, vor allem Afrika und Lateinamerika waren betroffen. Dies verheißt nichts Gutes für die Schuldenproblematik: mit schrumpfenden Handelsbilanzüberschüssen der verschuldeten Staaten wird deren Fähigkeit zu Bedienung der Schulden zurückgehen. Auch wird mit einer Wachstumsabschwächung in den Schuldnerländern das Lösungsmodell der westlichen Industrieländer, der „Baker-Plan“, zunehmend unrealistischer: im Kern sollen dadurch verstärkt private Direktinvestitionen in die „Dritte Welt“ gelenkt werden. Der Kapitalabfluß und die Kapitalflucht werden aber zunehmen, wenn die Länder erneut von Krisenerscheinungen erfaßt werden.

In der Bundesrepublik wird der gegenwärtig die Wirtschaftspresse beherrschende Konjunktur- und Wachstumsoptimismus durch die vorliegenden Daten nicht gestützt. Industrieproduktion und industrielle Aufträge nehmen nur langsam zu, in den Monaten August und September war sogar ein deutlicher Rückgang zu registrieren.

Seit der Jahresmitte haben sich die Triebkräfte der schwachen Belebung etwas verlagert: die Auslandsaufträge stagnieren bzw. gehen leicht zurück, die Inlandsaufträge steigen etwas an. Der Anstieg betrifft aber ganz überwiegend die Investitionsgüterindustrien. Der Modernisierungsbedarf, die breite Einführung neuer Technologien stimuliert den Absatz an Investitionsgütern, während die Bauinvestitionen stark rückläufig sind.

Die relativ optimistischen Prognosen für 1986 erhoffen sich auch – erstmals seit 1979 – dauerhaftere Anstöße durch den privaten Verbrauch. Tatsächlich ist – als Folge relativ stabiler Preise und der relativen Entlastungswirkung der ersten Stufe der Steuerreform – eine Zunahme der Kaufkraft der Löhne und Gehälter und der Sozialeinkommen zu erwarten. Auch die leichte Zunahme der Beschäftigung wirkt kaufkraftstabilisierend. Allerdings sind die Wachstums- und damit auch Beschäftigungshoffnungen für 1986 mit großen Risiken behaftet. So wird auch für das kommende Jahr mit einer Ausweitung der Exporte gerechnet, für die USA wird eine erneute Wachstumsbelebung erhofft. Die jüngsten Konjunkturdaten aus den USA allerdings deuten in eine andere Richtung.

Die rasche Zunahme der auch kapazitätswirksamen Modernisierungsinvestitionen in der Industrie steht bislang in einem deutlichen Widerspruch zur Entwicklung der Endnachfrage. Kommt es zu einer stärkeren Abschwächung in den USA und damit zu einer weiteren Verlangsamung des Welthandels, so können – vor dem Hintergrund eines immer noch vergleichsweise niedrigen Auslastungsgrads der industriellen Produktionskapazitäten – rasch neue Überproduktionserscheinungen auftreten.

Die Verteilungsrelationen haben sich in der letzten Zeit weiter zugunsten der Gewinne und Selbständigeneinkommen verschoben. Die „verfügbaren Einkommen“ der Selbständigenhaushalte sind 1984 im Durchschnitt um fast zwölf Prozent gegenüber 1983 angewachsen. Seit vier Jahren expandieren die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ rascher als die entsprechende Summe der Löhne und Gehälter. Zwischen 1980 und 1985 hat die Summe der so definierten Nettogewinne um gut 100 Milliarden DM zugenommen, die Summe der Nettoarbeitseinkommen ist um etwa 48 Milliarden DM gestiegen. Die Umverteilung zwischen Gewinnen und Löhnen muß also als ein Hauptmerkmal des mit der Krise 1980/82 begonnenen Konjunkturzyklus betrachtet werden. Daß dieser Zyklus bislang die niedrigsten Wachstumsraten und die höchsten Arbeitslosenziffern in der Geschichte der BRD gebracht hat, ist dabei keineswegs zufällig: der exorbitante An-

stieg der Gewinne, dabei die noch überproportionale Expansion der Geldkapitalrenditen hat zu einer Fehllenkung von Ressourcen und zu Disproportionen geführt, die den kapitalistischen Wachstumsprozeß blockieren.

Seit Ende 1984 ist es in der Bundesrepublik zu einer leichten Zunahme der Beschäftigung gekommen. Für 1985 wird mit einer Zunahme um etwa 150 000 Beschäftigte gerechnet, wobei ein großer Teil – die Gewerkschaften sprechen von 100 000 Personen – den Auswirkungen der Wochenarbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie zu verdanken sein dürfte. Trotzdem wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1985 wiederum über dem Vorjahresstand liegen. Selbst die optimistischen Prognosen für 1986 können da kaum eine Besserung in Aussicht stellen: im „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungs-Institute wird von einem marginalen Rückgang um 50 000 gesprochen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen damit, daß nur durch massive Wochenarbeitszeitverkürzungen merkliche Erfolge zu erreichen sind.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Geld und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Einkommensverteilung
- 3.5 Tarifaktionen
- 3.6 Ausbildungsstellen
- 3.7 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP), immer noch betrachtet als zentraler Indikator der wirtschaftlichen Leistung eines Landes, hat sich im ersten Halbjahr 1985 weiter erhöht. In den Ergebnissen für diesen Zeitraum schlagen sich die Auswirkungen des letzten sehr kalten Winters und – im Vergleich zum ersten Halbjahr 1984 – die statistischen Verzerrungen durch die arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle des Jahres 1984 nieder. Insgesamt hat sich der Anstieg etwas verlangsamt.

Bruttosozialprodukt

	Mrd. DM ¹	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
		nominal	real
1984 1. Hj.	844	+5,3	+2,5
2. Hj.	910	+4,0	+2,9
1985 1. Hj.	874	+3,6	+1,7
2. Hj. ²	958	+5,0	+2,5
1986 1. Hj. ²	932	+6,5	+3,5
2. Hj. ²	1007	+5,0	+2,5

¹ In jeweiligen Preisen
² Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1985, S. 703; DIW-Wochendienst, 42-43/85, S. 492)

Betrachtet man den Beitrag der großen Bereiche der Gesamtwirtschaft zum Zuwachs des BSP, so fällt die relativ kräftige Expansion der Verarbeitenden Industrie ins Auge, während die Bauwirtschaft einen scharfen Einbruch erlebte. Auf der Nachfrageseite waren der Export und die Investitionstätigkeit bei Ausrüstungen (Maschinen, Anlagen) Triebkräfte des Wachstums. Dagegen haben der private und öffentliche Verbrauch nur wenig zugenommen, die Bauinvestitionen sind deutlich gesunken.

Im zweiten Halbjahr 1985 hat sich – nach bisher vorliegenden Schätzungen – der Schwerpunkt der konjunkturellen Aufwärtsbewegung etwas verschoben. Der Export hat sich verlangsamt, der private Verbrauch ist erstmals seit langer Zeit merklich angestiegen.

Für 1986 sind die vorliegenden Prognosen relativ optimistisch. Es wird eine Fortsetzung und sogar eine leichte Verstärkung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung erwartet, insbesondere im ersten Halbjahr 1986. Dabei setzen die Prognosen vor allem auf eine stärkere Steigerung des privaten Verbrauchs, während die Triebkräfte des Exports sich etwas abschwächen sollen. Allerdings werden die Ausrüstungsinvestitionen und der Export weiter wichtige stimulierende Faktoren bleiben. Immerhin würde die bis Mitte 1985 bestehende Kluft zwischen der Entwicklung des Außenhandels einerseits und der Binnenkonjunktur andererseits und den Investitionen einerseits und dem Konsum andererseits etwas geschlossen – wenn die vor allem hinsichtlich der Kaufkraftentwicklung recht optimistischen Annahmen eintreffen. Gerade hier ist aber auf erhebliche Risiken der Prognosen zu verweisen. So wird im „Herbstgutachten“ der fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vor allem auf die Wirkung der Steuerreform gesetzt. Diese trägt aber nur geringfügig zur Kaufkraftstärkung bei. Auch sind die Annahmen hinsichtlich der Exportentwicklung immer noch sehr zusehrend – die Auswirkungen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte werden nicht einkalkuliert, für die US-Konjunktur wird wieder von einer leichten Verstärkung ausgegangen. Dies ist aber vor dem Hintergrund der jüngsten Konjunkturdaten aus Nordamerika sehr gewagt. Entwickeln sich aber die Exporte und die private Nachfrage weniger stark als angenommen, so wird dies erhebliche Auswirkungen auf die Investitionen haben. Zwar stehen nach wie vor Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund – diese haben aber ebenfalls erhebliche Erweiterungseffekte, so daß bei einem immer noch relativ niedrigen Niveau der Kapazitätsauslastung rasch neue Disproportionen zwischen Produktion und Markt entstehen können.

1.2 Produktion

Seit dem Frühjahr 1985 steigt die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe, die materielle Produktion, wieder etwas an. Dem war ei-

ne etwa einjährige Stagnationsphase vorausgegangen. Der Höchststand der Produktion vor dem Ausbruch der letzten zyklischen Krise ist nun erstmals wieder überschritten.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1984				1985		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
98,0	94,4	100,0	101,3	100,3	101,8	103,6

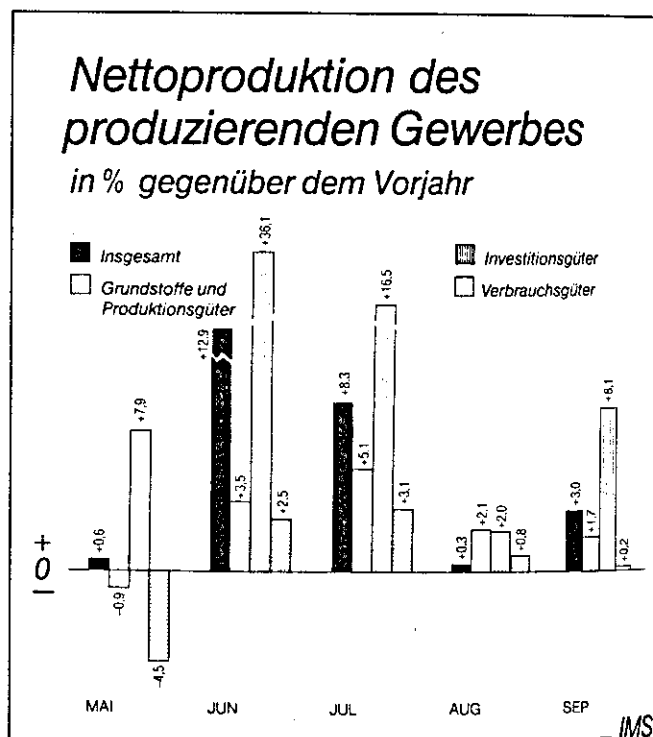
¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Trotzdem ist zu unterstreichen, daß sich der Prozeß des Herauskommens aus der Krise, der seit 1983 andauert, sehr langsam vollzogen hat. Bezogen auf das gesamte Produzierende Gewerbe dauerte es immerhin zweieinhalb Jahre, in der Industrie zwei Jahre. Im Vorjahresvergleich spiegelt sich der langsame Anstieg ebenfalls wider. Das Produktionsniveau im Produzierenden Gewerbe dürfte derzeit um etwa drei Prozent höher liegen als vor Jahresfrist.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	August	September
Insgesamt	+0,6	+12,9	+8,3	+0,3	+5,6
Grundstoffe und Produktionsgüter	-0,9	+3,5	+5,1	+2,1	+3,8
Investitionsgüter	+7,9	+36,1	+16,5	+2,0	+9,7
Verbrauchsgüter	-4,5	+2,5	+3,1	+0,8	+2,2

¹ 1985 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId., S. 65*)



Immer noch fällt die relative Schwäche der Verbrauchsgüterproduktion ins Auge. Dort lag das Produktionsniveau im Herbst 1985 immer noch um etwa acht Prozent unter dem Höchststand vor der letzten Krise.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich in den letzten Monaten weiter leicht erhöht. Das Tempo der Expansion ist aber weiterhin schwach geblieben. Etwas verbessert hat sich die Auftragslage bei den inländischen Aufträgen, während die

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1984				1985		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
102	98	104	105	107	108	109

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Auftragseingänge aus dem Ausland seit Anfang 1985 nicht weiter zunehmen – allerdings ihr noch immer sehr hohes Niveau behaupten.

Das Vorjahresniveau ist deutlich überschritten, allerdings bei den Auslandsaufträgen immer noch stärker als bei den Inlandsbestellungen. Die ausgeprägte Auseinanderentwicklung von Inlands- und Auslandsbestellungen hat sich nicht weiter fortgesetzt, bei Stagnation der Auslandsaufträge ist eine gewisse Belebung der inländischen Nachfrage zu registrieren.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Januar	+10,1	+6,3	+14,0	+4,5
Februar	+3,5	+1,2	+7,1	-3,1
März	+5,9	+2,8	+9,6	+0,8
April	+13,9	+7,7	+20,5	+6,6
Mai	+6,3	+2,0	+11,7	-1,2
Juni	+15,3	+7,7	+23,2	+7,4
Juli	+14,0	+11,6	+17,1	+8,7
August	+4,6	+1,8	+6,2	+4,6
September ²	+8,1	+6,6	+9,6	+5,9

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise
² Vorläufige Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Trotz der Verringerung der Kluft zwischen Inlands- und Auslandskonjunktur kann nicht von einer ausgeglichenen Entwicklung gesprochen werden. Die Situation der Wirtschaftsbereiche ist nach wie vor sehr differenziert, es bestehen weiter erhebliche Unterschiede zwischen den Branchen.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Januar	+3,7	+2,0	+4,9	+3,2
Februar	-0,9	-4,6	+3,3	-4,8
März	+1,6	+1,3	+2,8	-0,5
April	+10,3	+6,8	+15,7	+4,7
Mai	+3,4	+1,2	+7,8	-2,6
Juni	+12,6	+7,3	+19,3	+5,8
Juli	+15,2	+12,2	+20,6	+7,4
August	+2,5	+2,7	+2,3	+2,4
September	+7,8	+6,4	+10,6	+4,1
Ausland				
Januar	+21,6	+13,2	+28,1	+9,7
Februar	+11,1	+10,8	+12,5	+4,0
März	+13,6	+4,9	+19,9	+5,7
April	+20,3	+9,3	+27,4	+14,2
Mai	+11,1	+3,0	+16,8	+4,4
Juni	+20,4	+7,9	+29,2	+13,9
Juli	+12,0	+10,6	+12,4	+14,1
August	+8,3	+0,5	+11,7	+14,1
September	+8,4	+7,0	+8,4	+12,6

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

In der **eisenschaffenden Industrie** lag die Produktion von Rohstahl in den ersten 10 Monaten um dreieinhalb Prozent über dem Vorjahresstand. Allerdings nimmt die Produktion gegenwärtig kaum noch zu, eine Folge der schwierigeren Situation im Export. Vom Standpunkt der Stahlkonzerne gesehen hat sich die Situation stabilisiert. Es werden wieder Gewinne erzielt, die Kapazitätsauslastung ist angestiegen, vor allem als Folge des Kapazitätsabbaus seit 1974 bei Rohstahl um 30 Prozent und bei Warmwalzwerken um 20 Prozent. In den letzten Jahren ist, stimuliert durch öffentliche Subventionen, stark modernisiert worden. Der Anteil des modernen Stranggußverfahrens an der Stahlerzeugung hat – wie in Japan – 80 Prozent erreicht. In den USA liegt dieser Indikator nur bei 40 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1974 von 223 000 auf 153 000, um 31 Prozent, zurückgegangen. Weitere 12 000 Arbeitsplätze werden in der nächsten Zeit vernichtet werden. Der Rückgang des Dollarkurses und die protektionistischen Maßnahmen der USA beschränken

die Exportmöglichkeiten, so daß keine weitere Zunahme der Produktion zu erwarten ist. Insgesamt stagniert der Stahlverbrauch in der kapitalistischen Welt, die westdeutschen Stahlkonzerne konnten aber ihre Position in der letzten Zeit verbessern. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ist der Ansicht, daß auch längerfristig ein Stahlverbrauch in der BRD von etwa 38 Millionen Tonnen zu erwarten ist, also zwei Millionen Tonnen weniger als 1984. Es wird dabei von einer relativ stabilen Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum (BSP) und Stahlverbrauch ausgegangen. Bei einer – erwarteten – Wachstumsrate von 2,5 Prozent errechnet sich eine Stagnation des Stahlverbrauchs.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+1,8	-6,6	+6,4	+2,4
Eisenschaffende Industrie	+6,5	+5,3	+5,9	+7,7
Chemische Industrie	+0,9	+4,2	+4,8	+3,1
Maschinenbau	+7,6	+5,0	+12,8	+5,9
Straßenfahrzeugbau	+5,9	+43,7	+21,0	-10,8
Elektrotechnik	+9,9	+14,5	+20,6	+11,0
EDV-Geräte	+23,7	+24,8	+9,5	+26,0
Textilgewerbe	-0,3	+2,2	+3,5	+12,3
Bekleidungsgewerbe	-5,5	-2,9	-0,1	+1,4
Bauhauptgewerbe	-28,5	-7,6	-6,7	-9,1

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Ziffern
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

In der **chemischen Industrie** haben sich die Zuwachsraten der Produktion abgeschwächt, derzeit liegt die Produktion um etwa drei Prozent über dem Vorjahresstand. Die Triebkraft war der Export, die Exportquote erreichte in der Branche 52 Prozent. Für die Zukunft wird mit einer Verlangsamung bei den Exporten, dafür mit einer gewissen Stabilisierung des Binnenabsatzes gerechnet. Allerdings bleibt fraglich, ob dies ausreicht, um einen möglichen Rückfall bei den Exporten auszugleichen. Zur Zeit wird in der Branche davon ausgegangen, daß die Zuwachsraten beim Außenhandel geringer werden, ein Rückgang wird bislang nicht befürchtet. Zu beachten ist zudem, daß die Lage in den einzelnen Sparten sehr differenziert ist. Schwierigkeiten gab es bei einigen konsumnahen Bereichen und bei Vorprodukten für die Bauwirtschaft.

Außerordentlich günstig gestaltet sich die Absatzlage im **Maschinenbau**. Die Produktion lag in den ersten acht Monaten des Jahres um neun Prozent über dem Vorjahresstand, in einigen Sparten ist es sogar zu Kapazitätsengpässen gekommen. Dabei hat sich in der Struktur der Aufträge eine gewisse Verschiebung ergeben: Die Inlandsnachfrage hat sich belebt, ohne daß es bislang zu Rückschlägen im Export gekommen ist. Für die Ausfuhrentwicklung gibt es allerdings gewisse Befürchtungen, da der Dollar für die Maschinenbauexporte eine große Rolle spielt. So wird in der nächsten Zeit die Entwicklung entscheidend von der inländischen Investitionstätigkeit getragen werden, die vom Rationalisierungsbedarf bestimmt wird. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß im Ergebnis der zur Zeit hohen Investitionstätigkeit neue Disproportionen auf der Absatzseite auftreten: Die Endnachfrage expandiert wesentlich langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen, die neben dem Rationalisierungseffekt gleichzeitig einen hohen Kapazitätserweiterungseffekt haben.

Die **Automobilindustrie** hatte vor einigen Monaten sehr optimistische Erwartungen über die Entwicklung des PKW-Absatzes geäußert. Im Inland war von einem regelrechten Automobilboom im zweiten Halbjahr 1985 ausgegangen worden. Davon ist aber gegenwärtig wenig sichtbar: Der Zuwachs der PKW-Produktion gegenüber dem Vorjahr lag in den ersten drei Quartalen zwar bei 15 Prozent, hier wirkt sich aber immer noch der Arbeitskampf vom letzten Jahr aus. Im September lag die Produktion noch um drei Prozent höher als vor Jahresfrist – hier ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß damals die Produktion infolge der „Aufholjagd“ nach dem Arbeitskampf sehr hoch war. In saisonbereinigter Betrachtung nehmen Produktion und Aufträge seit der Jahresmitte nicht mehr zu, so daß der vorausgesagte Automobilboom wohl ausbleiben dürfte.

Sehr positiv sind die Aussichten auch weiterhin in der **Elektroindustrie**. In den ersten drei Quartalen lag die Produktion um 12 Prozent über dem Vorjahresstand. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 5 Prozent zu, auch als Folge der Arbeitszeitverkürzung. Trotzdem: Die Arbeitsproduktivität machte einen Sprung um 7 Prozent. Auch hier ergibt sich eine gewisse Verlagerung der Triebkräfte auf die inländische Investitionsnachfrage, während die Exportaufträge etwas langsamer zunehmen. Besonders dynamisch entwickeln sich Produktion und Absatz in der Informations- und Nachrichtentechnik, dort wächst die Produktion in einem jährlichen Rhythmus von 15 Prozent.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** befinden sich noch immer auf der Schattenseite der konjunkturellen Belebung. Die Textilindustrie konnte dank hoher Exporte ihre Produktion etwas steigern, für 1985 wird mit einer Produktionszunahme um etwa ein Prozent gerechnet. Dagegen geht die Erzeugung in der Bekleidungsindustrie weiter zurück, sie liegt um etwa zwei Prozent unter dem Vorjahresstand. Insgesamt ist zu beachten, daß die Produktion in der Textilindustrie um acht und in der Bekleidungsindustrie um 19 Prozent unter dem Niveau von 1980 liegt.

Die **Bauwirtschaft** ist weiterhin von der schweren Branchenkrise gekennzeichnet, die Ende letzten Jahres ausgebrochen war. Die Bauproduktion wird – so nimmt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie an – 1986 um acht Prozent unter dem Stand von 1984 liegen. Dies wäre der stärkste Rückgang überhaupt seit Gründung der Bundesrepublik. Er betrifft vor allem den Wohnungsbau. Zwischen Januar und September 1985 wurden von den Baubehörden 198 000 Wohnungen neu genehmigt, 27 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Die „Talsohle“ der Bauproduktion wird nach den Erwartungen der Branche erst 1986 erreicht sein, es muß jedoch mit einem tendenziellen Rückgang der Kapazitäten der Bauwirtschaft auch für die weitere Zukunft gerechnet werden. Eine gewisse Stabilisierung zeichnet sich erst auf der Ebene der Bauaufträge ab, die seit dem zweiten Quartal 1985 wieder ansteigen. Dabei ist allerdings das extrem niedrige Ausgangsniveau in Rechnung zu stellen.

Im **Einzelhandel** war bis zuletzt von der erhofften und „offiziös“ prognostizierten Belebung des privaten Verbrauchs wenig zu spüren. In den ersten drei Vierteljahre wurde real, d.h. nach Abzug der Preiserhöhungen, 0,2 Prozent mehr an Waren verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Selbst dieser geringfügige Zuwachs kam nur zustande, weil die Monate Juni/Juli des vergangenen Jahres durch besonders niedrige Umsätze im Fahrzeughandel gekennzeichnet waren. Im September dieses Jahres wurde real 1,4 Prozent weniger umgesetzt als im gleichen Vorjahresmonat. Die Hoffnungen der Branche konzentrieren sich jetzt auf das Weihnachtsgeschäft und darüber hinaus fürs nächste Jahr auf die Wirkungen der Steuerreform.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Im Laufe des Jahres 1985 zeigen Geld- und Kapitalmarkt keine eindeutige Tendenz. Nach der Beschleunigung der Kreditnachfrage inländischer Nichtbanken im ersten Vierteljahr kam es zu einer deutlichen Verlangsamung im dritten Quartal, die sowohl die Kredite an Unternehmen und Private als auch jene an öffentliche Haushalte betraf. Was die Unternehmer anbelangt, ist das auch ihrem guten Liquiditätspolster zu verdanken: zum einen bleibt die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmer auch im ersten Halbjahr 1985 mit 84 Prozent sehr hoch, trotz einer seit drei Jahren anhaltenden Steigerung der Bruttoinvestitionen, zum anderen „griff die Wirtschaft zur Ausgabenfinanzierung offenbar erneut stärker auf frei werdende Geldanlagen in kurzfristigen Termingeldern und Bankschuldverschreibungen zurück.“ (Deutsche Bundesbank, „Pressenotiz“ vom 22. Oktober 1985, **Monetäre Entwicklung im September 1985**, S. 1).

Die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte war im ersten Halbjahr sehr ausgeprägt, aber sie verlangsamte sich kräftig im dritten Quartal, während auf dem Kapitalmarkt (s. unten) die Emissionstätigkeit der öffentlichen Stellen weiterhin lebhaft blieb. Die gesamte öffentliche Verschuldung war im ersten Halbjahr 1985 mit 23 Milliarden DM um 5 Milliarden höher als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Infolge der massiven Mittelzuflüsse der Leistungsbilanz stiegen die Netto-Auslandsforderungen der Bundesbank und der Kreditinstitute in den letzten Monaten merklich an; im dritten Quartal nahmen sie um 22 Prozent zu.

Auf der Passivseite der konsolidierten Bilanz des Bankensystems verlief die Entwicklung der Hauptposten ohne nennenswerte Schwankungen ruhiger als auf der Aktivseite; im Laufe des Jahres wiesen die Spareinlagen- und -briefe eine tendenziell steigende Zuwachsrate auf.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1984 Dez. Milliarden DM	1985 Sept. ²	1984 Jahr Veränderung gegenüber 1. Vj. in %	1985 2. Vj. Veränderung gegenüber 1. Vj. in %	1985 3. Vj. Veränderung gegenüber 2. Vj. in %
Kredite an inländische Nichtbanken	1931,0	1982,0	5,8	7,0	6,5
– Unternehmen u. Private	1468,8	1512,9	6,4	6,9	6,6
– Öffentliche Haushalte	462,2	469,1	3,8	7,2	6,2
Netto-Auslandsforderungen	128,4	141,6	7,4	1,7	12,2
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1143,2	1218,1	6,8	7,7	7,9
darunter:					
Spareinlagen und -briefe	347,1	353,5	6,9	6,1	6,7
Geldvolumen (M ₃)	916,2	905,5	4,7	5,3	5,4

¹ Einschließlich „Zentralbankinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, IId.)

Auf dem Kapitalmarkt kam es zu einem erneuten Anstieg der Neuemissionen von festverzinslichen Wertpapieren: was die inländischen Rentenwerte anbetrifft, ist diese Entwicklung dem erhöhten Absatz von Wertpapieren der öffentlichen Hand (Anleihen und Kommunalobligationen) zuzuschreiben, der als Ausdruck einer Umschichtung innerhalb der Finanzierungsmittel der öffentlichen Verschuldung zu betrachten ist. Im dritten Vierteljahr ist der Nettoabsatz von sonstigen Bankschuldverschreibungen fast zum Erliegen gekommen; dazu trugen auch hohe Tilgungen von kurzlaufenden Papieren bei, die nicht in gleichem Maße wieder in solchen Titeln angelegt wurden. Die Neuemissionen von ausländischen Rentenwerten übertreffen alle bisherigen Rekorde: nach dem Rekordjahr 1984 mit knapp 16 Milliarden DM beträgt der Absatz dieser Titel zwischen Januar und September d.J. mehr als 21 Milliarden. Der Aktienabsatz inländischer Emittenten bleibt nach wie vor enttäuschend: der Nominalwert war bis September wiederum niedriger als im Vorjahr, als das Volumen neuer Aktien um 1,3 Milliarden DM kleiner war im Vergleich zu 1983 (4 Milliarden).

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1984 1. Hj.	3. Vj.	1985 1. Hj.	3. Vj. ¹
Anleihen der öffentlichen Hand	36664	18647	9293	22814	9471
Kommunalobligationen	19425	3315	7204	6445	8986
Sonstige Bankschuldverschreibungen	15213	12561	4472	11768	– 105
Industrieobligationen	– 201	– 258	– 400	377	– 70
Ausländische Rentenwerte	15710	4478	4998	12085	8271
Absatz = Erwerb insgesamt	86811	39259	25567	53489	26500
darunter:					
Kreditinstitute	26468	1582	13757	7148	16179
Inländische Nichtbanken	49974	37980	12577	34392	1669

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, IId.)

Das ist um so erstaunlicher als bei den inländischen Dividendenwerten auf dem Sekundärmarkt ein regelrechter Boom der Börsenumsätze zu verzeichnen ist: der Handel mit den „alten“ Aktien machte zwischen Januar und September 130 Milliarden DM aus, gegenüber einem Volumen von 85 Milliarden im ganzen Jahr 1984. In dem Bereich der inländischen Rentenwerte sprengten die Börsenumsätze alle Rekordmarken: 125 Milliarden DM gegenüber 110 für das gesamte 1984.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften war die Kaufkraft fast ausschließlich auf die Rentenfonds gerichtet: Hier war das Mittelaufkommen schon in den drei Quartalen 1985 mit knapp 6 Milliarden DM höher als im Jahre 1984, als es bei 4,5 Milliarden lag. Bei den Aktienfonds setzte sich dagegen die seit Jahren beobachtete Tendenz des Nettoverkaufs von Investmentzertifikaten fort. Dazu schrieb „Die Zeit“: „Das bedeutet auch, daß die deutschen Wertpapiersparer in die falsche Richtung marschieren sind. Ihr einseitiges Renditedenken hat sie auch in den ersten drei Quartalen dieses Jahres in die Rentenfonds gelenkt, die es trotz sinkender Zinsen (und damit steigender Rentenkurse) „nur“ auf ein Wertplus von bestenfalls sieben bis acht Prozent gebracht haben.“ („Die Zeit“, **Aktienhausse gut benutzt**, n. 43, 18. Oktober 1985, s. 45)

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand in %	Index der Aktienkurse ² 30. 12. 1980 = 100
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	117,3
2. Vj.	8,31	7,7	136,8
3. Vj.	8,25	8,2	139,4
4. Vj.	8,24	8,1	147,4
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	153,8
2. Vj.	8,27	8,0	150,9
3. Vj.	8,34	7,9	148,2
4. Vj.	8,30	7,2	161,4
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.	8,22	7,1	192,3
3. Vj.	7,80	6,5	213,8

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, IId.)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, waren Zinsen und Renditen im ersten und zweiten Vierteljahr 1985 in etwa stabil. Erst die Diskonterabsetzung durch die Bundesbank im August hat sie wieder nach unten pendeln lassen; allerdings scheint sich bei den Renditen im Oktober und November wieder eine steigende Tendenz durchzusetzen. Die Aktienkurse schnellen von Monat zu Monat empor: im Oktober und November stiegen die Notierungen sogar um jeweils etwa 10 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Monat an.

1.4 Investitionen

Auf die inländische Investitionstätigkeit richtet sich gegenwärtig das Hauptaugenmerk der Konjunkturforscher. Die Bundesregierung erwartet von einer weiteren Zunahme der unternehmerischen Investitionstätigkeit eine Fortsetzung des Wachstums der letzten Jahre. Tatsächlich haben die Ausrüstungsinvestitionen vor allem in der Verarbeitenden Industrie im laufenden Jahr kräftig zugenommen.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1984 Mrd. DM ¹	% ²	1985 ³ Mrd. DM ¹	% ²	1986 ³ Mrd. DM ¹	% ²
Ausrüstungen	138	– 0,5	155	+ 10,0	170	+ 7,0
Bauten	217	+ 1,6	201	– 8,0	208	+ 2,0
Anlageinvestitionen insges.	355	+ 0,8	357	– 1,5	379	+ 4,0

¹ In laufenden Preisen
² Real, in Prozent gegenüber dem Vorjahr
³ Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 42-43/85, S. 492)

men, während die Bauinvestitionen (vor allem Wohnungsbau) zurückgegangen sind. Der starke Anstieg, vor allem im ersten Halbjahr 1985, ist allerdings vor dem Hintergrund der niedrigen Investitionstätigkeit der Vergleichsperiode zu sehen. Das „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet für 1986 mit einer Fortsetzung der Aufwärtsbewegung, allerdings wird die Zunahme bei den Ausrüstungen mit sechs Prozent deutlich geringer sein als 1985. Die Institute schlußfolgern: „Das Anstiegstempo ist damit weiterhin deutlich geringer als in früheren Aufschwungsphasen.“ (DIW-Wochenbericht 42-43/1985, S. 486)

Für eine Fortsetzung der relativ hohen Investitionstätigkeit in einigen Bereichen spricht der hohe Auslastungsgrad in den Investitionsgüterindustrien. Hier ist es in einigen Sektoren inzwischen zu Kapazitätsengpässen gekommen. Vor allem bei elektrotechnischen Investitionsgütern, in der feinmechanischen und in der Maschinenbauindustrie wird verschiedentlich über nicht ausreichende Kapazitäten berichtet. Zwischen Juni und September 1985 ist der Auslastungsgrad in der Investitionsgüterindustrie weiter gestiegen, mit 86,3 Prozent liegt er sogar höher als Anfang 1980, dem Höhepunkt des letzten Zyklus. Anders in den übrigen Sektoren. Dort ist die Auslastung in den letzten Monaten nicht weiter gestiegen, sowohl bei den Vorprodukten als auch bei den Konsumgütern stagniert sie bzw. ist verschiedentlich sogar leicht rückläufig. So haben im Bereich der elektrotechnischen Konsumgüter die Meldungen über zu große Kapazitäten stark zugenommen und liegen viel ungünstiger als vor Jahresfrist.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,8	84,5	84,5	

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung
² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/1985, S. 2)

Auch für die Gesamtindustrie hat sich der Auslastungsgrad seit Juni nicht weiter erhöht. Der Höchststand von Ende 1979 (85,5 Prozent) vor Ausbruch der letzten Krise, ist im Durchschnitt noch nicht ganz erreicht. Weiterhin ist zu beachten, daß die Bauinvestitionen quantitativ ein weit größeres Gewicht haben als die Ausrüstungsinvestitionen, so daß zwar 1985 einerseits von einem Investitionsboom geredet wird, die gesamtwirtschaftlichen Investitionen aber – infolge des Einbruchs bei den Bauten – real gesunken sind. Triebkraft der inländischen Investitionstätigkeit ist der Modernisierungsbedarf der Industrie, nicht etwa eine Tendenz zur Erweiterung der Stufenleiter der Produktion in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Es handelt sich gegenwärtig also um eine ausgesprochene „Sektorenkonjunktur“, die relativ wenig ausstrahlt auf die Gesamtwirtschaft. Dies wäre dann der Fall, wenn die rasche Produktionszunahme in den Investitionsgütersektoren zu einer kräftigen Erweiterung der Beschäftigung und damit auch zu einer Zunahme der Privaten Nachfrage führen würde. Dieser Mechanismus funktioniert aber nur sehr begrenzt. Die Modernisierung der Industrie bewirkt in den betroffenen Zweigen eine relativ starke Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Beschäftigung steigt nur unterproportional, wie das Beispiel der Elektroindustrie zeigt. Zudem ist anzumerken, daß der hohe Auslastungsgrad in den Investitionsgüterindustrien vor allem eine Folge des in der Vergangenheit stark gestiegenen Exports ist. Gerade die ausländischen Auftragseingänge der Investitionsgüterindustrien sinken aber seit der Jahresmitte. Es ist daher kaum wahrscheinlich, daß vorübergehende Kapazitätsengpässe in einigen Sektoren des Maschinenbaus und der Elektroindustrie dort Anlaß zu Kapazitätserweiterungen bieten. Denn sinkende Exportlieferungen werden rasch wieder ausreichende Produktionsräume für die Befriedigung inländischer Investitionsgüterbestellungen schaffen. Selbst für diese Sektoren kann also nicht damit gerechnet werden, daß es zu einem Übergang von Rationalisierungs- zu Erweiterungsinvestitionen kommt. Damit steht aber auch die Gesamtkonjunktur weiterhin auf recht unsicheren Füßen, nur eine kräftige Ausweitung der Absatzmöglichkeiten in den Konsumgüterbereichen könnte ihre Grundlage solider machen.

1.5 Außenwirtschaft

Die bisherige starke Exportorientierung der Produktion schlägt sich in einer Handelsbilanz nieder, die im laufenden Jahr mit einem neuen Rekordüberschuß von etwa 75 Milliarden DM abschließen wird. In den ersten drei Quartalen lagen die Exporte real um sieben, die Importe nur um vier Prozent über den vergleichbaren Vorjahreswerten. Die entsprechenden nominalen Steigerungsraten lagen bei 13 bzw. knapp neun Prozent. Der Überschuß in der Lei-

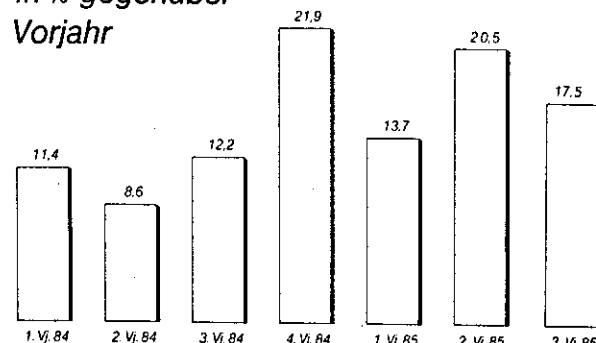
Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 84	120,1	+ 13,7	108,7	+ 16,0	+ 11,4	- 4,2
2. Vj. 84	115,1	+ 8,6	106,5	+ 11,1	+ 8,6	- 15,7
3. Vj. 84	118,1	+ 14,2	105,9	+ 11,4	+ 12,2	+ 47,0
4. Vj. 84	135,1	+ 15,2	113,1	+ 7,1	+ 21,9	+ 88,9
1. Vj. 85	133,8	+ 11,4	120,2	+ 9,7	+ 13,7	+ 20,2
2. Vj. 85	138,8	+ 20,6	118,3	+ 11,1	+ 20,5	+ 138,4
3. Vj. 85	130,8	+ 10,8	113,2	+ 6,9	+ 17,5	+ 43,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Außenhandel der BRD

In % gegenüber
Vorjahr



IMSF

stungsbilanz – sie enthält neben der Handelsbilanz noch die Dienstleistungsbilanz (z. B. Ausgaben für Auslandsreisen) und die Übertragungsbilanz (z. B. Zahlungen an EG) – wird etwa 35 Milliarden DM erreichen. Dieses gewaltige außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wird von Bundesregierung und Unternehmern als Erfolg gefeiert. Dabei wird vergessen, daß Überschüsse in einem Land identisch sind mit Fehlbeträgen anderer Länder. Die gewaltigen Ungleichgewichte im Welthandel – Überschüsse von BRD und Japan, Defizite bei den USA – haben sich in der letzten Zeit auch als Schranke für den Welthandel insgesamt erwiesen. War das Volumen des internationalen Warenaustauschs 1984 um neun Prozent angestiegen, so nimmt es gegenwärtig nur noch mit einem Tempo von drei Prozent zu. Die BRD konnte ihren Welthandelsanteil kräftig ausweiten, vor allem im Dollar-Raum. Mit dem Rückgang des Dollarkurses dürfte sich die Expansion hier verlangsamen. Außerdem wächst der Widerstand in den USA gegen den ausländischen Importdruck. Vor allem im Stahlbereich wurden neue Beschränkungsabkommen ausgehandelt. Daher erscheint es zweifelhaft, ob die immer noch recht optimistischen Prognosen für die Exportentwicklung – das „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet mit einer Expansion um fünf Prozent 1986 – tatsächlich begründet sind. Dies würde eine weitere deutliche Positionsverbesserung der BRD implizieren.

Die „Kehrseite“ der Exportoffensive bei Waren – sie ist mit einem Zustrom von Devisen verbunden – ist der hohe Kapitalexport, der zu Devisenabflüssen führt. Im ersten Halbjahr 1985 wurden in Form von Direktinvestitionen 11,3 Milliarden DM im Ausland investiert. Gleichzeitig kam es zu Kapitalrückflüssen in Höhe von 4,9 Milliarden DM, so daß sich ein Netto-Kapitalexport bei Direktinvestitionen von 6,4 Milliarden DM errechnet. Das sind 1,4 Milliarden mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Hauptempfänger sind die USA, wohin 3,2 Milliarden DM transferiert wurden (gleichviel wie im ganzen Jahr 1984). In EG-Staaten flossen 2,2 Milliarden DM.

Die Statistik der Direktinvestitionen darf allerdings nicht als Indikator für die tatsächliche Auslandsposition der Konzerne genommen werden, da die Tochtergesellschaften der Multis sich ihre Mittel in hohem Maße auf den jeweiligen nationalen Kapitalmärkten beschaffen. Es findet hier kein Transfer von Kapital über die nationalen Grenzen statt, so daß diese Form der Auslandsexpansion statistisch nicht erfaßt wird. In einer Untersuchung der Auslandspositionen großer Konzerne zeigt sich, daß die Auslandsproduktion manches deutschen „Multis“ schon mehr als ein Drittel des Weltumsatzes ausmacht. Werner Olle von der Forschungsstelle Sozial-

Auslandsproduktion ausgewählter Konzerne

	Auslandsproduktion in Mio. DM			in % des Weltumsatzes		
	1966	1974	1982	1966	1974	1982
Bayer	1138	8002	19700	19,2	42,4	56,6
Hoechst	722	6729	13850	12,4	33,3	39,6
Volkswagen	1700	3826	11346	17,0	22,6	30,3
Siemens	1367	3748	9905	17,5	21,8	24,7
BASF	470	3963	8643	10,0	20,1	26,6
Daimler-Benz	460	1747	7756	7,9	11,4	19,9
Mannesmann	525	3029	4855	12,3	24,3	29,5
Bosch	360	1182	3148	11,8	16,2	22,8
AEG	412	1375	2117	8,5	11,5	16,0
KHD	133	999	1573	6,7	21,3	31,7

Summe 10 Unternehmen 7287 34600 82893 13,4 23,9 31,0

(Quelle: W. Olle, Multinationale Konzerne und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: P. H. Mettler (Hrsg.), Multinationale Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1985, S. 6)

ökonomie der FU in Westberlin geht davon aus, daß die Gesamtinvestitionen der westdeutschen Industrie im Ausland insgesamt im laufenden Jahr um 20 Prozent angestiegen sein dürften. Im vergangenen Jahr hatten sie sich demnach um 40 Prozent erhöht. Entgegen Aussagen der Bundesbank bleibt der Kapitalexpansionskurs der westdeutschen Unternehmen ungebrochen.

2. Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Der seit 1982 ablaufende Prozeß der Gewinnexpansion hat auch 1985 angehalten und soll sich nach den vorliegenden Prognosen 1986 sogar wieder verstärken.

Für die größeren Konzerne ergibt sich ein wesentlich stärkerer Gewinnanstieg. So erwartet die BHF-Bank in ihrer Analyse der Ertragslage von 70 großen Aktiengesellschaften für 1985 einen Gewinnanstieg von 20,4 Prozent, nach einer Verbesserung um 18,9 Prozent im Vorjahr. Für 1986 wird ein durchschnittliches Plus von 5,4 Prozent geschätzt – dabei wird in Rechnung gestellt, daß diese

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	Brutto		Netto	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1982	321	+ 5,5	259	+ 5,7
1983	361	+ 12,5	300	+ 15,6
1984	392	+ 8,6	325	+ 8,6
1985 ¹	416	+ 6,0	343	+ 5,5
1986 ¹	457	+ 9,5	379	+ 10,5

¹ Prognose des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/85, S. 718; DIW-Wochenbericht 42-43/85, S. 493)

stark exportorientierten Monopolunternehmen wegen des gesunkenen Dollarkurses bestimmte Wechselkursbedingte Zusatzgewinne nicht mehr im alten Umfang machen können. Eine weitere recht interessante Information ergibt sich aus einer Berechnung der Deutschen Bundesbank, die die Gewinne der Produktionsunternehmen von den reinen Vermögensgewinnen unterscheidet. Dabei ist bemerkenswert, daß vor allem in der Krise, also vom 2. Halbjahr 1980 bis Ende 1982, der Anteil der Produktionsunternehmen stark

Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen¹

	Mrd. DM	Veränderung in Prozent	In Prozent der Bruttoeinkommen a. Unternehmertätigkeit u. Verm.
1980 1. Hj.	122,5	- 3,0	81,4
2. Hj.	112,0	- 8,6	71,3
1981 1. Hj.	110,2	- 1,6	77,9
2. Hj.	113,0	+ 2,5	69,7
1982 1. Hj.	114,8	+ 1,7	73,1
2. Hj.	117,8	+ 2,6	71,8
1983 1. Hj.	133,6	+ 13,4	75,0
2. Hj.	138,9	+ 4,0	75,4
1984 1. Hj.	150,0	+ 8,0	77,2
2. Hj.	148,6	- 0,9	75,1
1985 1. Hj.	157,9	+ 6,2	77,5

¹ Im Inland entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Unternehmen, ohne Wohnungsvermietung und finanzielle Institutionen, abzüglich der per saldo an andere Sektoren gezahlten Zinsen, Pachten usw.
(Quellen: Wirtschaft und Statistik, Septemberhefte lfd. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1985, S. 15)

zurückgegangen ist. Die finanziellen Sektoren, insbesondere die Banken, hatten damals einen wachsenden Teil der Unternehmensgewinne abgeschöpft. Aber auch die Belebung der Produktion seit 1983 hat die alten „Verteilungsverhältnisse“ innerhalb des Kapitals nicht wiederhergestellt. Der Anteil der Vermögenseinkommen, d. h. der Einkommen aus Geldkapitalanlagen in Form von Kreditzinsen, Mieten und Pachten an den Gesamtgewinnen und Selbständigen-einkommen ist deutlich höher als vor der letzten zyklischen Krise. Vom Rückgang der Lohnquote, d. h. dem Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen haben die Produktionsunternehmen nur teilweise profitiert. So liegt die Lohnquote im Jahre 1985 etwa zwei Prozent niedriger als Anfang 1980, vor dem Ausbruch der letzten zyklischen Krise. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Vermögenseinkommen am Volkseinkommen von sechs auf rund sieben Prozent angestiegen, d. h. von den niedrigeren Löhnen haben in erster Linie die Besitzer und Anleger von Geldkapital profitiert. Es ist dies ein Indikator für den zunehmenden Parasitismus, der mit dem wachsenden Gewicht reiner Geldkapitalanlagen verbunden ist.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß in der Bundesrepublik hat in jüngster Vergangenheit eine neue Qualität gewonnen. Dies ist nicht überraschend, da in den USA und in Großbritannien ähnliche Vorgänge schon seit einigen Jahren ablaufen: Merkmal ist die wachsende Bedeutung von Großfusionen. Während der Konzentrationsprozeß in den siebziger Jahren vorwiegend durch den Kauf kleiner und mittlerer Unternehmen durch große Konzerne gekennzeichnet war, erreichen die einzelnen Fusionsfälle nun Milliarden Dimensionen.

In den letzten Monaten wurden mehrere solcher den westdeutschen Markt berührender Großfusionen bekannt:

● Der US-Konzern Philip Morris (Marlboro) übernimmt den US-Konzern General Foods (größter US-Lebensmittelkonzern) für 5,8 Milliarden Dollar. Infolgedessen werden auch die beiden westdeutschen Tochtergesellschaften die Philip Morris GmbH in München und Kaffee Hag AG, Bremen, voneinander abhängig.

● General Motors (Opel) kauft für fünf Milliarden Dollar den US-Rüstungsmulti Hughes Aircraft. GM erwartet sich von dieser Übernahme auch die Entwicklung „hochwirksamer neuer Produktions- und Managementmethoden“ zur Reduktion der Produktionskosten. (Wirtschaftswoche 25/1985, S. 143) Insofern berührt diese Fusion ebenfalls den BRD-Markt.

Unmittelbarer sind die Auswirkungen von drei weiteren Übernahmen:

● Schlagzeilen machte der Kauf der Aktienmehrheit von AEG durch Daimler-Benz. Der finanzielle Aufwand dürfte bei etwa zwei Milliarden DM liegen, angesichts liquider Rücklagen in Höhe von neun Milliarden in der Daimler-Bilanz kein Problem für den Aufkäufer. Ebenfalls 1985 waren schon die Rüstungsunternehmen MTU und Dornier durch Daimler aufgekauft worden.

● Wenige Wochen später wurde bekannt, daß BMW die Absicht hat, die Mehrheit des Rüstungskonzerns MBB zu erwerben. Hier betätigt sich der bayerische Ministerpräsident Strauß als Organisator der Fusion: das Land Bayern hält gegenwärtig 25 Prozent des MBB-Kapitals.

● Schließlich wurde Mitte November bekannt, daß Bosch einen zwanzigprozentigen Anteil an der Grundig AG (inzwischen Tochter des holländischen Philips-Konzerns) erwerben will. Zweck der Transaktion ist die arbeitsplatzvernichtende Konzentration der Fernsehgeräteproduktion der beiden Gruppen bei Grundig und der Autoradioproduktion bei der Bosch-Tochter Blaupunkt.

Hintergrund der in den USA, Großbritannien und nun auch in der Bundesrepublik ablaufenden Welle von Großfusionen ist der gewaltige Überschuß an liquiden Mitteln, der sich in den Kassen der großen Konzerne gesammelt hat und für den im Rahmen der jeweiligen Konzernstrategien sinnvolle Anlagefelder gesucht werden. Dabei wird einerseits eine weitere Marktbeherrschung angestrebt, andererseits sollen neue Tätigkeitsfelder erschlossen werden, die mit den neuen Technologien verbunden sind. Vor allem die großen Automobilkonzerne wollen ihr reichlich vorhandenes Kapital außerhalb der durch eine starke Produktions- und Absatzverlangsamung gekennzeichneten Autobranche anlegen. Es ist bemerkenswert, daß der rasche technologische Wandel und die Modernisierung der Produktion, die Erschließung ganz neuer technologischer Tätigkeitsfelder nicht ausreicht, um den bei den großen Konzernen vorhandenen relativen (im Verhältnis zu den Verwertungsbedingungen) Kapitalüberschuß zu absorbieren. Trotz intensiver Rationalisierung und Modernisierung bleiben Kapitalmassen überschüssig, die nun für reine Finanztransaktionen zur Verfügung stehen. Die Rüstungskonzerne stehen dabei im Mittelpunkt der Interessen, da hier mit überdurchschnittlichen Expansions- und Profitraten gerechnet wird.

Es gehört in den Berichten über Unternehmenskonzentration schon fast zum „Stehsatz“, auf die weiter ansteigende Zahl der Unternehmenszusammenbrüche zu verweisen. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres wurden 14210 Insolvenzen registriert, 13,2 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Vor allem im Baugewerbe (+ 20,5 Prozent) und bei Dienstleistungsunternehmen (+ 25 Prozent) stieg die Zahl der Konkurse an. Der starke Anstieg der Konkurse verweist auch auf den unsoliden Charakter zahlreicher Unternehmensneugründungen, mit denen Bundesregierung und Unternehmer propagandistisch für ihre konservative wirtschaftspolitische Orientierung werben. So ergibt eine Untersuchung der Industrie- und Handelskammer Koblenz, daß von den im Jahre 1980 neugegründeten Unternehmen im Jahre 1985 nur noch 42 Prozent übriggeblieben waren. Von diesen waren übrigens noch mehr als die Hälfte Einmannbetriebe, 70 Prozent hatten immer noch nur ein oder zwei Beschäftigte. Nur knapp drei Prozent (etwa 50 Betriebe) hatten 10 und mehr Beschäftigte.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse der letzten Monate – abgeschlossen in relativ kleinen Bereichen – erreichten prozentuale Einkommensverbesserungen zwischen drei und dreieinhalb Prozent. Das Tariflohniveau erhöht sich zur Zeit im Vergleich zum Vorjahr um etwa drei Prozent auf Monatsbasis, also, wegen der Arbeitszeitverkürzungen, langsamer als auf Stundenbasis. Die tariflichen Stundenlöhne liegen zur Zeit um knapp vier Prozent über dem Vorjahresstand.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1984				1985	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+2,7	+2,5	+2,7	+3,0	+3,0	+2,8	+2,7

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Trotz der anhaltend niedrigen Inflationsrate reichen die Anhebungen nicht aus, um die Kaufkraft der Arbeitseinkommen zu erhöhen. Entgegen den Erwartungen zum Jahresbeginn ist es auch 1985 zu keiner Verbesserung der Reallöhne gekommen.

Reallohnentwicklung¹

	1982	1983	1984	1985 ²	1986 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+2,2	+2,1	+3,0	+4,0	+4,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+1,0	+0,5	+1,7	+2,5	+5,0
Je Beschäftigten	+2,9	+2,2	+1,6	+2,0	+4,0
Inflationsrate	+5,3	+3,3	+2,4	+2,0	+2,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-2,4	-1,1	-0,8	-0,0	+2,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 42-43/85, S. 493)

Die Erwartungen des letzten „Herbstgutachtens“, die von einer Reallohnerhöhung um ein Prozent ausgegangen waren, haben sich also nicht bestätigt. Für das Jahr 1986 ist aber nach aller Voraussicht – erstmalig wieder seit 1979 – mit einem gewissen Anstieg der realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten zu rechnen. Es wird dabei davon ausgegangen, daß die Tarifabschlüsse für 1986 deutlich über den Ergebnissen des laufenden Jahres liegen werden – was sicher noch erkämpft werden muß. Die Summe der Löhne und Gehälter soll demnach 1986 sogar um real drei Prozent zunehmen, also eine erhebliche Stärkung der Massenkaukraft. Voraussetzung dafür ist, daß die Beschäftigung tatsächlich um ein Prozent oder mehr als 200 000 Personen ansteigt, wie in den Prognosen erwartet. Dies ist aber, wie oben gezeigt, eine Vorhersage, die mit großen Risiken verbunden ist.

Infolge gewisser Verbesserungen beim Wohngeld, bei der Sozialhilfe, beim Arbeitslosengeld und der Beschlüsse für ein „Erziehungsgeld“ an alle nicht oder nur geringfügig erwerbstätigen Mütter wird es 1986 auch zu einer gewissen leichten Erhöhung der Sozialeinkommen kommen. Die Renten sollen nach bisherigen Schätzungen Mitte 1986 um 3,1 Prozent angehoben werden. Da gleichzeitig der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner um 0,7 Prozent steigt, bleibt eine nominale Rentenerhöhung um 2,4 Prozent übrig. Dies ist kaum mehr als die erwartete Preissteigerungsrate.

Masseneinkommen¹

	In Mrd. DM	Veränderung in Prozent nominal	real
1982	793	+2,8	-2,5
1983	801	+1,0	-2,3
1984	812	+1,4	-1,0
1985 ²	834	+2,7	+0,7
1986 ²	871	+4,4	+2,4

¹ Nettolohn- und -gehaltssumme plus Sozialeinkommen
² Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quellen: Wirtschaft und Statistik, 9/85, S. 723; DIW-Wochenbericht 42-43/85, S. 493)

Demnach wird es also bei den Masseneinkommen zu einer merklichen Kaufkraftsteigerung kommen. Ob sich dies jedoch voll in private Nachfrage umsetzt – das „Herbstgutachten“ erhofft sich für 1986 eine dreiprozentige Steigerung des privaten Verbrauchs – ist keineswegs sicher. Die „Sparquote“, d. h. der Anteil der Ersparnisbildung an den verfügbaren Einkommen, war in der Vergangenheit auf den vergleichsweise niedrigen Stand von 11,5 Prozent abgesunken, weil viele Verbraucher die in der Krise aufgeschobenen Pkw-Neuanschaffungen nachgeholt hatten. Dieser Prozeß läuft aus. Es ist daher eher mit einer gewissen verstärkten Sparneigung zu rechnen, zumal die Lage am Arbeitsmarkt sich nicht verbessert hat. Insgesamt aber ist doch erstmals seit 1979 wieder mit einer merklichen Belebung beim privaten Verbrauch zu rechnen.

3.2 Steuern

Anfang 1986 wird die erste Stufe der Steuerreform wirksam werden, die ein Kernstück der „Reformen“ der Rechtsregierung darstellt. 1986 geht es vor allem um die stärkere Berücksichtigung der Kinder im Steuertarif: der Kinderfreibetrag je Kind wird von 432 DM

im Jahr auf 2484 DM erhöht. Familien, die wegen geringer Steuerbelastung davon nicht profitieren können, erhalten einen besonderen Kindergeldzuschlag in Höhe von 46 DM je Kind. Außerdem wird der Grundfreibetrag für alle Einkommensteuerzahler um 324 auf 4536 DM (Ledige) bzw. um 648 auf 9072 DM (Verheiratete) angehoben. Der Übergang zu Freibetragsregelungen bei Familien mit Kindern macht die Reform von 1975 teilweise wieder rückgängig. Damals waren die Freibeträge durch ein einheitliches Kindergeld ersetzt worden. Tatsächlich wirken Freibeträge in hohem Maße sozial ungerecht: je höher die Einkommen, desto größer der Entlastungsbetrag. Die zweite Stufe der Steuerreform, die 1988 wirksam werden soll, wird die eigentliche Tarifreform bringen. Es wird die Progressionswirkung in den mittleren und oberen Einkommensgruppen gesenkt. Dieser Teil der Reform wirkt ausschließlich bei Einkommen, die über 3800 DM im Monat (Verheiratete ohne Kinder) liegen.

Die erste Stufe der Steuerreform soll angeblich vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen entlasten. Dies soll zunächst überprüft werden.

Als Beispiel wird ein verheirateter „Alleinverdiener“ mit zwei Kindern (Steuersklasse III/2) genommen.

Entlastungswirkung der Steuerreform 1986 in DM

Bruttomonatslohn	Lohnsteuer bisher	Entlastungsbetrag 1986
1800,-	124,80	87,30
3150,- ¹	376,10	75,30
6000,-	1113,-	95,20

¹ Durchschnittseinkommen der Lohn-/Gehaltsempfänger 1986
(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 3/1985, S. 24)

Auch hier ist der Entlastungsbetrag absolut am größten bei den hohen Einkommen. Während die Erhöhung des Grundfreibetrags allen Steuerzahlern einen einheitlichen Entlastungsbetrag von jährlich 72/144 DM (Ledige/Verheiratete) beschert, wirkt vor allem der Kinderfreibetrag uneinheitlich. Er liegt, je nach Einkommenshöhe, zwischen 46 und 116 DM im Monat. Allerdings muß unterstrichen werden, daß vor allem die 1988 wirksam werdende zweite Stufe in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden muß. Ausgehend von der Grundtabelle des Steuertarifs schwankt der Entlastungsbetrag dann jährlich zwischen 72 DM bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 15 000 DM bis zu 3665 DM bei einem Jahreseinkommen über 130 000 DM. Eine nennenswerte Entlastungswirkung ist in der ersten Stufe nur bei Familien mit Kindern zu erwarten, mit steigender Wirkung in den oberen Einkommensgruppen. Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung aber verändert sich nur minimal. Die relative Entlastungswirkung gegenüber dem alten Steuertarif liegt bei etwas über neun Milliarden DM, d. h. 1986 hätten insgesamt neun Milliarden mehr gezahlt werden müssen, wenn es keine erste Stufe der Reform gegeben hätte. Trotzdem vermindert sich die Steuerbelastung nur minimal, d. h. die progressive Wirkung des Steuersystems, die bislang die Lohnsteuer immer rascher ansteigen lassen als die Bruttoeinkommen, wird lediglich für kurze Zeit ausgesetzt.

Durchschnittsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter mit öffentlichen Abgaben in Prozent

	Lohnsteuer ¹	Sozialabgaben	Abgaben insgesamt
1960	6,82	9,43	16,25
1970	12,29	10,72	23,01
1980	16,79	13,17	29,96
1984	18,49	14,47	32,96
1985	19,08	14,73	33,81
1986	18,85	14,86	33,71

¹ Lohnsteuer, Kirchensteuer, Sonderabgaben
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/85, S. 9)

Der tatsächliche gesamtwirtschaftliche Entlastungseffekt ist also minimal, er wird noch gemindert durch die Erhöhung der Sozialabgabenbelastung, die aus dem Anstieg der Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung und aus den Beitragserhöhungen der Krankenversicherungen resultiert. Die marginale Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung wird dadurch weit überkompensiert. Die relative Belastung der Summe der Löhne und Gehälter mit öffentlichen Abgaben sinkt nur geringfügig um 0,1 Prozent, der

Stand des Jahres 1984 bleibt weit überschritten. Bezogen auf die Summe der Arbeitseinkommen 1986, die nach Ifo-Schätzungen bei knapp 837 Milliarden DM liegen wird, ergibt sich gegenüber 1985 eine absolute Entlastungswirkung von weniger als einer Milliarde DM. Entlastung heißt: die Summe der Nettolöhne steigt nur ganz minimal rascher als die Summe der Bruttolöhne. Nach den Ifo-Schätzungen soll die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um 4,9 Prozent ansteigen, die Nettolohnsumme dagegen um 5,0 Prozent. Die Erwartung, die Steuerreform würde eine große Summe zusätzlicher Kaufkraft – nämlich etwa neun Milliarden – schaffen, ist also völlig verfehlt. Sie verhindert im wesentlichen nur, daß das Steuersystem auch im kommenden Jahr einen steigenden Teil der Bruttolöhne absorbiert, d. h. die erste Stufe der Reform schafft keine zusätzliche Kaufkraft, sondern bremst lediglich für ein Jahr die steuerbedingte Kaufkraftminderung. Auf den merkwürdigen Widerspruch zwischen der Berechnung im „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute – zu dem das Ifo-Institut gehört – und den Ergebnissen der Abgabenbelastungsrechnung des Ifo-Instituts sei hier nur verwiesen: das „Herbstgutachten“ ermittelt einen absoluten Entlastungsbetrag von etwa vier Milliarden. (Vgl. DIW-Wochenbericht 42-43/85, S. 493, und Ifo-Schnelldienst 31/85, S. 9)

3.3 Preise

Seit 1984 steigen die Preise der Lebenshaltung in einem vergleichsweise langsamen Tempo an. Die so definierte „Inflationsrate“ liegt bei bzw. leicht über zwei Prozent. Daran hat sich auch in den letzten Monaten nichts geändert.

Lebenshaltung 1985¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Juni	+2,3
Juli	+2,3
August	+2,1
September	+2,2
Oktober	+1,8

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Der anhaltende Absatzdruck auf der Einzelhandelsebene, niedrige Lebensmittelpreise, wegen sinkender Rohstoffpreise und einer wieder etwas stärkeren DM sinkende Importpreise schlagen bis zu einem gewissen Umfang auch auf die Verbraucherebene durch.

Ausgewählte Preisindizes 1984¹

	Industrie- preise	Landwirtschafts- preise	Import- preise	Großhandels- preise
Juni	+2,5	-6,5	+3,5	+0,3
Juli	+2,3	-4,6	+1,6	+0,1
August	+2,2	-3,8	-1,7	+0,2
September	+2,0	-4,2	-1,4	+0,3

¹ Anstieg der Preisindizes gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Allerdings dürften die Lebenshaltungspreise im Jahresdurchschnitt von 1985 doch etwas stärker gestiegen sein als zwei Prozent, so daß die Ziffer im „Herbstgutachten“ „abgerundet“ ist.

Ein wichtiger Faktor der relativen Preisstabilität in den kapitalistischen Industrieländern – in den Entwicklungsländern dagegen hat sich die Inflation beschleunigt – sind die niedrigen und weiter sinkenden Rohstoffpreise.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	Ohne Energierohst.	HWVA-Index ² Mit Energierohst.
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	192	123	209
1984	213	125	205
1985			
Januar	208	114	201
September	170	109	195

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100
² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100
(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 18. 10. 1985)

Für die Bundesrepublik wurde der Verfall der internationalen Rohstoffpreise – überwiegend in Dollar fakturiert – durch den Kursrückgang des Dollars noch akzentuiert. Zwischen Januar und September verbilligten sich die Rohstoffimporte um 18 Prozent.

Die Dollarpreise für Rohstoffe werden nach den vorliegenden Prognosen auch 1986 weiter sinken, so daß von daher weitere Entlastungseffekte für das Preisniveau zu erwarten sind. Für die Situation in den Entwicklungsländern ist diese Entwicklung allerdings bedrohlich. Zu den sich verschlechternden Absatzmöglichkeiten bei einfachen Industriewaren kommen weitere Einnahmeausfälle bei Rohstoffen hinzu.

3.4 Einkommensverteilung

Neben der Relation Löhne/Gehälter zu Gewinnen („Funktionale Einkommensverteilung“) ist auch die Verteilung nach Einkommenshöhe und Haushaltsgruppen („personelle Einkommensverteilung“) von Bedeutung. Tatsächlich fließen den Haushalten Einkommen aus verschiedenen Quellen zu. So fallen bei Arbeiterhaushalten zwar Vermögenseinkommen kaum ins Gewicht, Renten, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützungen und ähnliche Transfereinkommen machen dort etwa 15 Prozent der verfügbaren Einkommen aus. Umgekehrt beziehen Selbständigenhaushalte – d. h. Haushalte, deren „Haushaltsvorstand“ überwiegend „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ bezieht – auch Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und ebenfalls Sozialeinkommen. Bei der Untersuchung der Haushaltseinkommen wird also gefragt, wie hoch die aus unterschiedlichen Quellen stammenden „verfügbaren Einkommen“ sind, die den untersuchten Haushaltsgruppen zufließen. Problematisch ist vor allem die Kategorie der „verfügbaren Einkommen“, die im großen und ganzen den Nettoeinkommen entspricht. Bei den Selbständigen werden nämlich nur die Teile der Unternehmerrgewinne gerechnet, die den Unternehmen entnommen werden, nicht der reinvestierte Teil. Die Höhe des „verfügbaren Einkommens“ wird also durch das Investitionsverhalten der Selbständigen beeinflusst. Insofern ist vor allem bei den Durchschnittseinkommen der Selbständigenhaushalte zu berücksichtigen, daß ein Teil ihrer Einkommen hier überhaupt nicht erscheint: der Teil der Gewinne nämlich, der sofort reinvestiert wird.

Trotzdem sind die entsprechenden Statistiken nicht ohne Aussagekraft, spiegeln sie doch die gewaltigen Einkommensunterschiede wider, die sich auch in der privaten Lebenshaltung ausdrücken.

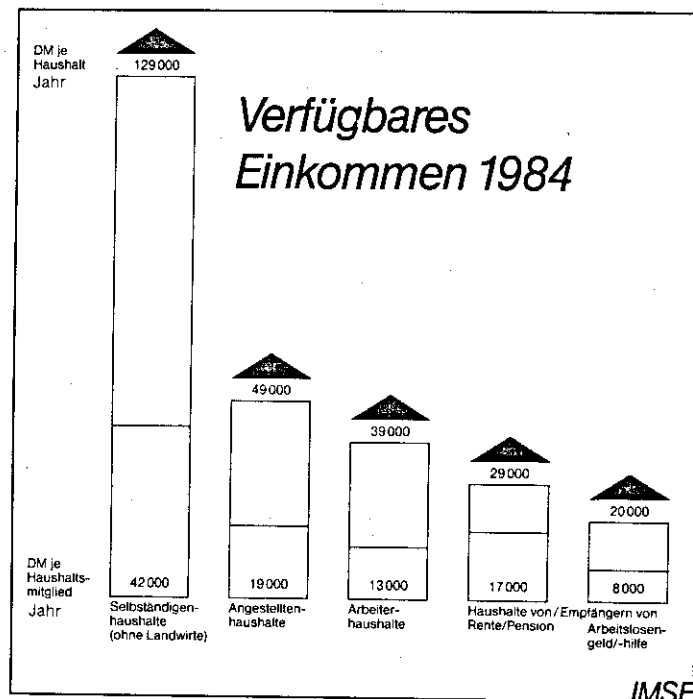
Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgruppen 1984

	1984 Verfügbares Haushaltseinkommen in DM/Monat	1983	Veränderung in Prozent
Selbständigenhaushalte ¹	10941	9776	+ 11,9
Angestellte	3985	3883	+ 2,6
Arbeiter	3126	3038	+ 2,9
Rentner	2307	2231	+ 3,4
Insgesamt	3581	3432	+ 4,3

¹ Außerhalb der Landwirtschaft
(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/1985, S. 516 und 14/1985, S. 186)

Die Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltseinkommen – dies sei unterstrichen – ergibt sich nicht nur aus der Summe der jeweiligen Einkommensarten, sondern hängt auch von der Zahl der Haushalte und der Zahl der Einkommensbezieher je Haushalt ab. Die relativ starke Zunahme bei den Rentnerhaushalten hängt aber nicht nur mit der gewachsenen Zahl der Rentner, sondern auch mit der Tatsache zusammen, daß Rentnerhaushalte über relativ hohe Vermögenseinkommen verfügen.

Ins Auge fällt die große Differenz zwischen den Arbeiterhaushalten auf der einen und den Selbständigenhaushalten auf der anderen Seite: die Durchschnittseinkommen sind mehr als dreimal so hoch. Ein längerfristiger Vergleich – wegen z. T. mehrfacher statistischer Korrekturen nur in der Tendenz aussagekräftig – zeigt aber doch, in welche Richtung sich die Relationen verschoben haben.



Veränderung der durchschnittlichen Haushaltseinkommen 1970 bis 1984

	1970 DM/Monat	1978 DM/Monat	% ¹	1984 DM/Monat	% ²
Selbständige	3625	7605	+ 109,8	10941	+ 43,9
Arbeiter	1470	2645	+ 79,9	3126	+ 18,2
Angestellte	1695	3075	+ 81,4	3985	+ 29,6

1 Veränderung 1978 gegenüber 1970 in Prozent
2 Veränderung 1984 gegenüber 1978 in Prozent
(Quellen: IMSF, Staatsmonopolistischer Kapitalismus der BRD in Daten und Fakten, Frankfurt/M. 1981, S. 141; DIW-Wochenbericht 45/1985, ebd.)

Zwischen 1978 und 1984 sind die Realeinkommen der Arbeiterhaushalte nach dieser Rechnung um etwa zwölf Prozent zurückgegangen. Der Preisindex der Lebenshaltung ist im gleichen Zeitraum nämlich um knapp 30 Prozent angestiegen. Im gesamten betrachteten Zeitraum sind die Selbständigeneinkommen weit stärker gestiegen als alle übrigen Einkommen – allerdings auch eine Folge des veränderten Investitionsverhaltens. Es wurden zunehmend Gewinne nicht im Unternehmen reinvestiert, sondern ausgeschüttet und in Form von Wertpapieranlagen als Geldkapital angelegt: dies erhöht optisch die „verfügbaren Einkommen“, obwohl sich tatsächlich nur das Investitionsverhalten geändert hat. Besonders kraß waren die Unterschiede wieder im letzten Jahr: während die Selbständigeneinkommen sich gegenüber 1983 um zwölf Prozent erhöhten, stiegen die Einkommen der übrigen Einkommensbezieher nur knapp so stark wie die Lebenshaltungskosten, d.h. es ergab sich dort kein realer Kaufkraftzuwachs.

Die Durchschnittsbetrachtung verwischt allerdings viele Einkommensunterschiede innerhalb der Haushaltstypen. Vor allem bei den Selbständigen sind die Differenzen gewaltig. So gibt es etwa 135.000 Selbständigenhaushalte, die über monatlich mehr als 20.000 DM verfügen. Diese Kategorie kommt bei den übrigen Haushaltstypen praktisch nicht vor. Schichtet man die Haushaltstypen nur nach der Einkommenshöhe, so ergeben sich ebenfalls starke Differenzen.

Schichtung der Haushalte nach Einkommensanteilen

	Anteile der Haushalte am verfügbaren Gesamteinkommen in Prozent
1. Fünftel	7,6
2. Fünftel	12,2
3. Fünftel	16,7
4. Fünftel	21,9
5. Fünftel	41,6

(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/1985, S. 517)

Die Tabelle besagt, daß das Fünftel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen 7,6 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens in der BRD bezog, während sich das Fünftel mit den höchsten Einkommen 41,6 Prozent aneignete. Nur knapp 670.000 Haushalte (= 2,7 Prozent aller Haushalte) mit einem verfügbaren Monatseinkommen von über 10.000 DM bezogen 1984 129 Milliarden DM oder mehr als zwölf Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens. Sie bestimmten damit über ein höheres Gesamteinkommen als fast sechs Millionen Haushalte, deren monatliches Einkommen unter 2.000 DM lag.

3.5 Tariffaktionen

In den zurückliegenden Monaten fanden Tarifkonflikte sowohl um Arbeitszeitverkürzung als auch um Einkommensfragen statt. Schon seit Januar 1985 hatte die IG Metall für die insgesamt über 1 Million Beschäftigten des Metallhandwerks ebenfalls eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit gefordert, die auf eine kompromißlose Blockadehaltung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks gestoßen war. Während in einigen Tarifbereichen (Hessen, West-Berlin) Erfolge erzielt werden konnten, spitzte sich der Konflikt ab Juli insbesondere in NRW zu. Nachdem die IGM dort auf den Abschluß von Firmentarifverträgen orientiert hatte, rief die Gewerkschaft am 20. 6. die Beschäftigten in 18 Betrieben zur Urabstimmung auf. 87 Prozent der Mitglieder votieren für Arbeitskampf. Der Streik begann am 24. 7. in einem Betrieb und wurde sukzessive auf weitere Betriebe ausgedehnt.

Nach siebenwöchiger Dauer wurde der Arbeitskampf im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk (120.000 Beschäftigte), an dem sich insgesamt 260 Mitglieder in 9 Betrieben beteiligt hatten, am 10. September beendet. Ab 1. 1. 1987 bis zum 31. 3. 1989 soll die Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich auf 38,5 Stunden verkürzt werden. Nach drei „Nullmonaten“ werden die Einkommen 1985 für 9 Monate um 3,2 Prozent und 1986 um weitere 2 Prozent erhöht. Nach Warnstreiks konnte eine ähnliche Regelung auch im Kfz-Gewerbe NRW durchgesetzt werden.

Zahlreiche Warnstreiks begleiteten auch im Oktober die Tarifverhandlungen im Brauereigewerbe. Schwerpunkt der Aktionen waren NRW und Hessen. Die NGG hatte Einkommensverbesserungen von 5,5 Prozent gefordert, die Unternehmer setzten lediglich 2,9 Prozent dagegen. Ende Oktober wurde in NRW ein Tarifabkommen abgeschlossen, das eine Einkommensverbesserung um 3,1 Prozent und für 2 Monate Einmalzahlungen von je 90 DM vorsieht.

Zu einem Arbeitskampf entwickelte sich bei der Lufthansa (ca. 38.000 Beschäftigte im Inland) der Tarifkonflikt um den Modus und die Höhe der diesjährigen Gewinnbeteiligung und um eine Vorruhestandsregelung. Die ÖTV forderte, daß die Gewinnbeteiligung von insgesamt 40 Millionen DM für alle Beschäftigten in einem einheitlichen Betrag ausbezahlt werden sollte. Dies ergäbe einen Einheitsbetrag von 1.100 DM. Demgegenüber wollte die Lufthansa eine nach Einkommensgruppen differenzierte Auszahlung durchsetzen: 850 DM plus 6 Prozent des jeweiligen Einkommens, mindestens jedoch 1.025 DM. Dieses letzte Angebot der Lufthansa ergäbe je nach Einkommenshöhe der Beschäftigten Differenzen bis zu 900 DM bei der Gewinnbeteiligung. Während die DAG, in der viele höhergruppierte Beschäftigte – so etwa 70 Prozent der Piloten – organisiert sind, dieses Angebot akzeptierte, wurde es von der Tarifkommission der ÖTV (mit 20 : 14 Stimmen) abgelehnt. In einer Urabstimmung sprachen sich daraufhin 82 Prozent der Mitglieder für Arbeitskampf aus. Hauptmotivation für die Streikbereitschaft war der Wille, die als Willkür verstandene Politik der Lufthansa-Geschäftsleitung abzuwehren und das Prinzip der „Gerechtigkeit“ und „Gleichheit“ gegen eine Bevorzugung von Elitegruppen zu verteidigen.

Der Streik begann am 11. 11. 1985. Schwerpunkte waren die Flughäfen in München, Frankfurt, Hamburg. Die Streikfront wurde von Tag zu Tag breiter, so daß am 14. 11. – dem letzten Streiktag – sich bis zu 6.000 Mitglieder beteiligten und ernsthafte Ausfälle für die Lufthansa zu registrieren waren. In der veröffentlichten Meinung blieb der Arbeitskampf unpopulär – insbesondere aufgrund der verbreiteten Version, Gegenstand des Konflikts sei nur ein geringer Differenzbetrag zwischen Forderung und Angebot.

Nach erneuten Verhandlungen in der Nacht zum 14. 11. begann eine Schlichtung unter Vorsitz von Georg Leber. Ergebnis dieser

Schlichtung war eine Aufstockung des Mindestbetrages auf 1.060 DM und eine Vorruhestandsregelung, die für Schichtarbeiter einige Verbesserungen gegenüber dem Ausgangsangebot enthielt. Der Streik wurde daraufhin beendet, obwohl die ÖTV damit einen Einheitsbetrag nicht hatte durchsetzen können. Bei Redaktionsschluß lagen die Ergebnisse der zweiten Urabstimmung noch nicht vor.

Für die bevorstehende Tarifrunde 1986 zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

- In den Mittelpunkt werden Konflikte um eine Realeinkommensverbesserung treten.
- Insbesondere im öffentlichen Dienst, dem eine „Lohnführerschaft“ zufällt, wird die Anhebung der unteren Einkommensgruppen – also ein Nivellierungseffekt – eine zentrale Rolle spielen.
- Die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung steht insbesondere in der Papier- und pappeverarbeitenden Industrie im Zentrum.

3.6 Ausbildungsstellen

Die Situation im Ausbildungsbereich hat sich auch in diesem Jahr weiter verschärft. Auch wenn bis zum Stichtag, dem 30. 9., rund 10.000 Ausbildungsverträge im dualen System mehr abgeschlossen wurden als 1984 (700.000 neue Verträge) geht der in diesem Zusammenhang genannte Begriff „Ausbildungsrekord“ völlig an den Realitäten vorbei. Nicht nur die quantitativen, sondern zunehmend qualitative Mängel des Berufsbildungssystems treten immer offensichtlicher zu Tage.

Die Zahl der (zum Stichtag) nicht vermittelten Bewerber stieg noch etwas stärker als die der neuen Verträge (+ 1,4 Prozent), nämlich um 1,7 Prozent auf nunmehr 59.400 Jugendliche. Des weiteren vergrößerte sich die Zahl derer, die in „Warteschleifen“ auswichen, aber ihren Vermittlungswunsch ausdrücklich aufrechterhielten, auf 39.600. Dies bedeutet, daß, sogar offiziell bei den Ämtern erfaßt, rund 100.000 Jugendliche sich weiter um einen Ausbildungsplatz bemühen.

Da viele Jugendliche sich aber entweder nicht (mehr) bei den Arbeitsämtern melden oder aufgrund von Stichtagsbereinigungen einfach nicht mehr als Nachfrager in der Statistik auftauchen, gehen die Gewerkschaften davon aus, daß 1985 246.000 Jugendliche in der Bundesrepublik ohne Ausbildungsplatz sind.

Aber auch die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit zur Berufsberatung kennzeichnen wesentliche Probleme auf dem Ausbildungsmarkt deutlich.

– Ein Drittel aller Bewerber hatte die allgemeinbildende Schule schon im letzten Jahr oder noch früher verlassen, zählte also zur Gruppe der Altbewerber. Vor dem Hintergrund, daß nur 52 Prozent aller Bewerber auch nachweislich in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt wurden (348.597 von 660.065 gemeldeten Bewerbern) ist anzunehmen, daß dieser Anteil auch zukünftig weiter steigen wird und so, trotz rückläufiger Schulabgängerzahlen, auch in den nächsten Jahren nicht mit einem spürbaren Rückgang an Bewerbern um einen Ausbildungsplatz gerechnet werden kann. Außerdem ist

Übergänge von Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres, des Berufsgrundbildungsjahres einjähriger Berufsfachschulen nach Ende des Schuljahres 1983/84 in Prozent

Ausbildung/Tätigkeit im Okt./Nov. 1984	BVG	Übergänge aus BGJ einjähr. BFS	insges.
Außerschulische Berufsausbildung, darunter:			
Betriebliche Ausbildung	23	71	68
Vollzeitschulische Berufsausbildung	50	15	15
Weiterführende Schulen/Studium	1	2	4
Erwerbstätigkeit	10	3	2
Sonstiges ¹	16	9	11
darunter:			
Arbeitslose/im Elternhaus	5	5	7

¹ Gelegenheitsarbeit, sonstige Tätigkeit, Wehr-, Zivildienst...
(Quelle: BiBB, Vollzeitschüler-Nachbefragung 1984)

zu berücksichtigen, daß die Chancen der Jugendlichen in den beruflichen Vollzeitschulen, eine betriebliche Ausbildung anzuschließen, sehr begrenzt sind. Hatten in einer Umfrage 1983 rund 80 Prozent dieser Schüler den Wunsch geäußert, in einem Betrieb weiterzuzulernen, ergab eine Nachbefragung 1984, daß nur etwa die Hälfte diesen Wunsch erfüllen konnte.

– Die Ämter zählten nicht nur mehr nicht vermittelte Bewerber, sondern auch eine Zunahme an noch offenen Stellen auf 22.100. Dies ist einmal auf die nach wie vor sehr starken Unterschiede der Situation in einzelnen Regionen zurückzuführen. Während die Hälfte der nicht vermittelten Bewerber in Niedersachsen/Hamburg und NRW lebt, finden sich 50 Prozent der noch freien Stellen in nur 30 von 142 Arbeitsamtsbezirken, darunter vorwiegend in Südbayern (5.094) und Baden-Württemberg (5.474). Ein weiterer wesentlicher Faktor sind die strukturellen Mängel des Lehrstellenangebotes. „In der absoluten Zahl über dem Vorjahresniveau, in der Struktur jedoch unverändert, konzentriert sich das Angebot an unbesetzt gebliebenen Stellen weiterhin auf Ausbildungsstellen für Verkäufer(in) im Nahrungsmittelhandwerk, Friseur(in) sowie Ernährungsberufe wie Bäcker(in)/Konditor(in), Fleischer und Koch/Köchin. Aber auch in Bauberufen wie Maurer/Hochbaufacharbeiter und Maler und Lackierer waren Ende September Ausbildungsplätze in nennenswerter Zahl unbesetzt.“ (Zitat: Berufsberatungstatistik der BA, Sept. 85 (vorläufig). Bei diesen Berufen handelt es sich fast ausschließlich um handwerkliche, was bedeutet, daß eine Ausbildung in Klein- oder mittelgroßen Betrieben erfolgt, wobei häufig die Einsparung von Lohnkosten gegenüber der Qualifizierung der Jugendlichen im Vordergrund stehen dürfte. Die dabei erworbenen Fähigkeiten sind in anderen Bereichen kaum verwertbar, was mit ein Grund dafür ist, daß der Anteil der im Anschluß an die Ausbildung arbeitslos gemeldeten Jugendlichen in diesen Berufen ganz besonders hoch ist.

Berufe mit hoher Zahl noch unbesetzter Lehrstellen (30. 9. 1985)

Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	1320
Verkäufer(in)	1176
Friseur(in)	1119
Bäcker/Konditor(in)	1094
Fleischer(in)	1050
Maurer/Hochbaufacharb.	997
Maler und Lackierer	890
Koch/Köchin	831
Kfz-Mech.(in) Schlosser(in)	752

(Quelle: Berufsberatungstatistik der BA, September 1985 [Auswahl])

Den stärksten Überhang an nicht vermittelten Bewerbern gibt es weiterhin in Berufen des kaufmännischen und des Dienstleistungsbereichs. Dies hängt eng mit dem steigenden Vorbildungsniveau der Bewerber zusammen. Auch in diesem Jahr war die Zahl der Jugendlichen ohne/mit Hauptschulabschluß rückläufig, wogegen vor allem immer mehr Hochschulberechtigte sich von der Hochschule weg auf den betrieblichen Ausbildungsbereich umorientieren, so daß Abiturienten und Studienabbrecher inzwischen 10 Prozent der Bewerber stellen.

Berufe mit besonders starkem Überhang an nicht verm. Bewerbern (Stichtag 30. 9. 1985)

Beruf	offene Stellen ¹	nicht verm. Bewerber ²	Verhältnis ^{2/1}
Bankkaufmann(frau)	2	585	292:1
Verwaltungsfachangest.	17	621	36:1
Chemielaborant(in)	12	324	27:1
Herren-/Damenschneider(in)	58	1178	20:1
Zahntechniker(in)	28	425	15:1
Arztgehilfe(in)	250	3482	15:1

(Quelle: Berufsberatungstatistik der BA, September 1985)

Die Chancen für Ausländer und Mädchen sind unverändert schlecht, wobei der Zuwachs an „Unvermittelten“ ausschließlich auf Kosten der Mädchen ging und sie inzwischen 66 Prozent dieser Gruppe ausmachen. Sie sind auch diejenigen, die nach der Lehre als erste auf die Straße gesetzt werden, häufig auch gerade dann,

wenn sie keinen typischen Frauenberuf erlernt haben. So wurden 1983 23 Prozent der Frauen, die gerade ihre Prüfung als Betriebschlosserin bestanden hatten, direkt danach arbeitslos. Bei ihren männlichen Kollegen waren es „nur“ 6,9 Prozent. Ähnlich sah es bei den Werkzeugmachern(innen) aus: Weiblich 15,7 Prozent; männlich 2,4 Prozent.

Angesichts der Tatsache, daß 1984 schon 14 Prozent des Jahrgangs im Anschluß an die Ausbildung arbeitslos waren, erscheint die Klage bestimmter Industriezweige, es herrsche Facharbeitermangel, und die BA solle eine Qualifikationsoffensive starten, fast grotesk. Wer außer den Unternehmen entscheidet denn, in welchen Zweigen wie viele Jugendliche ausgebildet werden? Gerade im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technik, insbesondere in Industrie und Verwaltung (Büroberufe insgesamt) wird die Ausbildung aufwendiger und kostenintensiver. Sowohl von der Ausstattung her als auch finanziell sind die Großbetriebe dazu am ehesten in der Lage, sie bilden aber nach wie vor besonders wenig aus. Um eine höhere Ausbildungsqualität bei einer Aufteilung der Kosten zu ermöglichen, schließen sich immer mehr Unternehmen zu Ausbildungsverbünden zusammen.

Diese Entwicklung verdeutlicht, daß der einzelne Betrieb immer weniger in der Lage ist, die Qualifikationen zu vermitteln, die für eine breite, zukunftsorientierte, gut verwertbare Ausbildung nötig sind (werden). Dadurch, daß die Kammern diese Verbünde einrichten und organisieren, wird der notwendige demokratische Einfluß auf diese Umgestaltung aber weitgehend ausgeschaltet.

3.7 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Seit Ende 1984 nimmt die Zahl der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft wieder zu. Im ersten Halbjahr 1985 waren nach einer Statistik des Statistischen Bundesamtes knapp 140 000 Personen mehr beschäftigt als in der gleichen Vorjahreszeit, allerdings 820 000 Personen weniger als im 1. Halbjahr 1980. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nimmt ebenfalls geringfügig zu.

Erwerbstätige in der Gesamtwirtschaft¹

	Insgesamt	Abhängig Beschäftigte	Selbständige ²
1980	26 328	23 009	3 319
1981	26 144	22 869	3 275
1982	25 709	22 436	3 273
1983	25 331	22 057	3 274
1984	25 346	22 064	3 282
1985			
1. Hj.	25 325	22 033	3 292

¹ In 1000 Personen

² Selbständige und mithelfende Familienangehörige
(Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/1985, S. 740)

Die Beschäftigungsstatistik gehört allerdings zu den Statistiken, die mit größten Unsicherheiten behaftet sind. Ständige Korrekturen erfolgen, die die Ergebnisse beträchtlich verändern: so wurde die Ziffer für 1984 durch die letzte Anpassung um 173 000 Beschäftigte nach oben verändert. Hinzu kommt, daß viele der neuen Beschäftigten lediglich in Teilzeitarbeit berufstätig sind. Auch hier fehlt eine laufende Statistik. Immerhin hat die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst zwischen 1983 und 1984 um etwa 30 000 zugenommen. Der geringfügige gesamtwirtschaftliche Beschäfti-

gungszuwachs zwischen 1983 und 1984 (um 7 000 Personen) kann also schon allein daraus erklärt werden.

Nach den vorliegenden Schätzungen des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute dürfte die Zahl der beschäftigten Lohnabhängigen 1985 durchschnittlich um knapp 150 000 zugenommen haben, für 1986 wird ein Zuwachs um etwa 250 000 erhofft. Von diesem Zuwachs sind nach gewerkschaftlichen Schätzungen etwa 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze auf die Wochenarbeitszeitverkürzung zurückzuführen. Berücksichtigt man das steigende Gewicht der Teilzeitarbeit und die Tatsache, daß die Bundesanstalt für Arbeit (BA) den Umfang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgedehnt hat – nach Angaben der BA wurden 1985 auf diesem Weg zusätzlich 30 000 Arbeitslose „von der Straße“ gebracht – so sind die Auswirkungen der konjunkturellen Belebung auf die Beschäftigung noch immer als minimal zu bezeichnen.

Da gleichzeitig die Zahl der Arbeitsuchenden weiter ansteigt – dies hat nicht nur etwas mit der Altersstruktur der Bevölkerung, sondern auch mit der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit zu tun – ist die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückgegangen. Sie wird 1985 wiederum über dem Vorjahresstand liegen.

Arbeitsmarkt

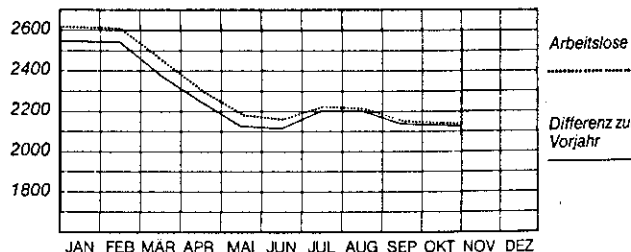
	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
Juni	2160	+ 47	162	- 175	120	+ 21
Juli	2221	+ 19	108	- 154	119	+ 20
August	2217	+ 15	74	- 138	117	+ 22
September	2152	+ 8	102	- 160	117	+ 26
Oktober	2149	+ 4	127	- 124	112	+ 26

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitsmarkt in Tausend



IMSF

Allerdings ist seit Mitte 1985 ein leichter Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenziffern zu beobachten, d.h. gegenwärtig steigt die registrierte Arbeitslosigkeit – sieht man von saisonalen Faktoren ab – nicht weiter an. Angesichts der umfangreichen Bemühungen der BA auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Weiterbildungskurse – oft nur eine Form der verdeckten Arbeitslosigkeit – ist dies aber kein besonders bemerkenswerter Tatbestand. Es bleibt eine der zentralen Merkmale der gegenwärtigen konjunkturellen Belebungphase, daß sie bis jetzt noch zu keiner merklichen Besserung am Arbeitsmarkt geführt hat.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaas.
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 3.6 von Susanne Rechmann verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 11. 1985. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.